



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin für DIE
LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

Die Regierung hinkt bei wichtigen Vorhaben hinkt dem eigenen Plan her

Berlin, 28.12.2023

Bezug:

Anlagen:

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin für DIE
LINKE im Bundestag

Beratendes Mitglied im Ausschuss für
Ernährung und Landwirtschaft

„Das BMEL bleibt 2023 hinter den Ankündigungen zurück. Wichtige Vorhaben, auf die sich die Koalition nach der Wahl geeinigt hat, liegen auf Eis“, erklärt die agrarpolitische Sprecherin für DIE LINKE im Bundestag, Ina Latendorf.

„Ob Tierschutzgesetz, Werbebeschränkungen für ungesunde Lebensmittel, Ernährungsstrategie oder Exportverbot für nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel, etliche Vorhaben wurden zwar für 2023 vollmundig angekündigt, befinden sich aber seit Monaten in der internen Ressortabstimmung“, so Ina Latendorf weiter. „Auch auf die jüngste Nachfrage zur Verordnung für ein Exportverbot bestimmter (in Deutschland nicht zugelassener) Pflanzenschutzmittel an die Bundesregierung lautete die Antwort ‚die Beratung der Bundesregierung ...dauern weiter an.‘ Und auch beim Düngegesetz und der Stoffstrombilanzverordnung hat das Landwirtschaftsministerium seinen eigenen Zeitplan nicht eingehalten.“

Ina Latendorf erläutert: „Die Rechtsunsicherheit – was kommt genau auf die Betroffenen zu – ist verantwortungslos. Die gesamte Regierung versagt bei zentralen agrarpolitischen Vorhaben. Die Haushaltspläne der Bundesregierung haben letztlich das Fass zum Überlaufen gebracht.“

Ina Latendorf fordert: „Minister Özdemir muss seinen salbungsvollen Worten Taten folgen lassen und zwar gemeinsam mit den Betroffenen – mit den Bäuerinnen und Bauern, mit den Verbänden. Die Regierung steht in der Pflicht, mindestens ihre wenigen guten Vorschläge zügig in die parlamentarische Abstimmung zu bringen und verlässliche Regelungen für die Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raums vorzulegen.“